

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



3 / 2010

Frauen gestalten Politik

Nicht erst seit dem gescheiterten Anlauf von Ursula von der Leyen für die Kandidatur zum Bundespräsidenten sind Frauen in der Politik ein Thema. Alle anderen Verfassungsorgane sind oder waren bereits schon einmal mit Frauen an der Spitze besetzt. Die Politik brauche mehr Frauen, erklärte Akademiedirektor Heinrich Oberreuter bei der Eröffnung des 13. Passauer Tetralogs im Rahmen der Europäischen Wochen. Denn sie seien ein tragender und gestaltender Teil der Gesellschaft.

Siehe Seite 3

„Keine Olympiade der Demokratie“



Tissy Bruns, seit 20 Jahren Parlamentsreporterin in Bonn und Berlin und Chefkorrespondentin des „Tagesspiegels“, sorgt sich um den „Verlust des Primats der Politik“. Mit Blick auf die letzten Monate spricht sie von einem Versagen der Medien und der Politik.

Foto: Plank

Siehe Seite 6



Auf dem Podium des 13. Passauer Tetralogs von links: Natascha Kohnen MdL (SPD), Kazimiera Prunskiene Ministerpräsidentin a.D., Moderator Heinrich Oberreuter, Christine Scheel MdB (Grüne) und Reserl Sem MdL (CSU)

Foto: T. Scholz

„Europa braucht die Kirchen“

Die drohende Säkularisierung der Gesellschaft, die schwierige Lage der Kirchen nach den Missbrauchsskandalen, die Situation der Ökumene und das Verhältnis zum Islam – zentrale Themen beim Akademiegespräch im Landtag mit dem früheren EKD-Ratsvorsitzenden und Berliner Bischof Wolfgang Huber (Foto).



Foto: Schröder

Siehe Seite 4

Faszination Verbrechen

Der Alltag des Verbrechens weicht erheblich von den gängigen Darstellungen und Klischees in Krimis und Spielfilmen ab. Eine gemeinsame Tagung mit der Evangelischen Akademie Tutzing spürte den Ursachen für die Faszination am Verbrechen nach. Münchens Ex-Kripochef Josef Wilfling und die Journalistin Eva Reski (Foto) gaben Einblicke in das Innenleben von Mördern und Mafia.



Foto: Grümann

Siehe Seite 11

Inhaltsverzeichnis

Die andere Sicht der Frauen auf Politik	3
„Europa braucht die Kirchen“	4
Antriebsstärke und Innovationsfreude	5
„Keine Olympiade der Demokratie“	6
Ein Gefühl von „zu Hause sein“	7
<i>Herausforderung Integration:</i> „Wir riefen Arbeiter und es kamen Menschen“	9
„Migration kommt nicht von Migräne“	10
Das Verbrechen – Dämon oder Kulturstifter?	11
Mafia – Gefahr für Staat und Gesellschaft	12
„Europa ist nicht mehr der wichtigste strategische Partner“	13
Manns Kampf gegen Hitler	16
24 Positionen – große Bandbreite	17
Politische Jugendbildung im überregionalen Verbund	18
Die Wände stehen bereits	19
Pressespiegel	20
Themen – Tagungen – Termine	23
Namen und Nachrichten	28

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:
K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Dr. Saskia **Hieber**, M.A.
Internationale Politik

Dr. Ondrej **Kalina**
Pers. Referent des Direktors
Europäische Integration,
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Stefan **Köppl**, M.A.
Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien und Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Michael **Spieker**
Politische Ethik und Grundwerte

Organisationsreferat:
Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Dinauer GmbH
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Klimaneutral gedruckt 

Die andere Sicht der Frauen auf Politik

Politikerinnen diskutierten beim Passauer Tetralog

Frauen sind eher resultatorientiert, Männer dagegen durchaus machtbezogen. Darin waren sich die Diskussionsteilnehmerinnen des 13. Passauer Tetralogs an der Universität Passau einig. Dieser wird jährlich im Rahmen der Europäischen Wochen von der Akademie veranstaltet. Gemäß dem Thema „Frauen gestalten Politik“ bestand das Podium der Veranstaltung heuer nahezu ausschließlich aus Frauen.

Neben Organisator und Akademiedirektor Heinrich Oberreuter saßen dort Kazimiera Prunskiene, Ministerpräsidentin a.D. aus Litauen, Mitgestalterin des politischen Umbruchs im Baltikum um 1990 und bis heute aktive Politikerin, außerdem die grüne Bundestagsabgeordnete und frühere Vorsitzende des Finanzausschusses Christine Scheel. Aus dem Bayerischen Landtag waren gekommen Natascha Kohnen, die Generalsekretärin der BayernSPD, und die CSU-Abgeordnete Reserl Sem.

Oberreuter stellte in seiner Moderation die Frage, ob Frauen „eine andere, individuelle und befruchtende, ganzheitlichere Sicht auf die Politik“ haben – etwa in Bezug auf die Finanzkrise. Scheel bestätigte diese Ansicht, betonte das frühe Engagement von Frauen für die Zukunft durch die Diskussion der Themen Bildung, Umwelt, Klima und verwies auf Erfolge bei der rechtlichen Gleichstellung: Vergewaltigung in der Ehe wurde zum Beispiel erst in den 1990er Jahren eine Straftat.

Die Frage, wie eine Gleichstellung von Frauen auch praktisch gelöst werden kann, warf der Beitrag von Kohnen auf: Sie stellte fest, dass es zwar ungefähr gleichviel männliche und weibliche Hochschulabsolventinnen gibt, bei der dann folgenden beruflichen

Karriere aber die Männer die Nase vorn haben. Statt auf Inhalte konzentrieren sie sich offenbar mehr auf das Knüpfen und Pflegen von Netzwerken – und haben damit Erfolg. Lösungsvorschläge für eine größere Präsenz von Frauen in Führungsposi-

tionen wären neben der Quotenregel auch das Reißverschlussystem der Grünen, wo sich Frauen und Männer auf Kandidatenlisten abwechseln.

Reserl Sem brachte das Mentoring-Programm der Frauen-Union ins Gespräch: Eine politisch erfahrene Frau weist eine Neue persönlich ein und

betreut sie beim Start in die Politik. Für Sem spielt ohnehin nicht das Geschlecht eine Rolle: „Die Persönlichkeit gibt den Ausschlag.“

Persönlichkeit gibt den Ausschlag

Auch Prunskiene unterscheidet aufgrund ihrer Erfahrungen in der internationalen Politik ein resultatorientiertes weibliches Vorgehen von der Machtorientierung der Männer.

Dass Frauen in leitenden Positionen – sie war als Ministerpräsidentin die einzige Frau in einem Kabinett von 19 Männern – manchmal als „männlich“ angesehen werden, stört sie nicht, da dies mit kulturellen Rollenbildern zu tun hat.

Alle Frauen auf dem Podium sprachen sich für einen neuen Diskussionsstil in der Politik aus: Der solle sich mehr an Sachverstand und Verantwortung orientieren, um so der zunehmenden Frustration über Politik entgegenzuwirken. ■

Frank Müller

(Siehe Presseschau Seite 21)



Christine Scheel forderte einen neuen Diskussionsstil in der Politik



Reserl Sem favorisiert das Mentorenprogramm der Frauenunion



Natascha Kohnen: „Bei der akademischen Karriere haben die Männer die Nase vorn“



Kazimiera Prunskiene war als Ministerpräsidentin die einzige Frau im Kabinett

Fotos: Scholz

„Europa braucht die Kirchen“

Alt-Bischof Wolfgang Huber beim Akademiegespräch im Bayerischen Landtag

Die drohende Säkularisierung der Gesellschaft, die schwierige Lage der Kirchen nach den Missbrauchsskandalen, die Situation der Ökumene und das Verhältnis zum Islam – zentrale Themen beim Akademiegespräch im Landtag mit dem früheren EKD-Ratsvorsitzenden und Berliner Bischof Wolfgang Huber.

„Wir müssen mit dem Islam im Geist von Klarheit und guter Nachbarschaft koexistieren. Wir müssen aber auch darauf beharren, dass der Islam die Unterscheidung zwischen Religion und Politik respektiert. Er muss sich den Geist von Religionsfreiheit und Toleranz innerlich aneignen.“ Mit sehr deutlichen Worten umriss Wolfgang Huber seine Position zum Dialog mit dem Islam und den neuen Herausfor-

hingewiesen, dass in Europa Religiosität in der Gefahr sei, „auszurinnen“. „Europa heißt heute, dass sich Christlichkeit im Säkularen auflöst.“ Die Gesellschaft steuere auf einen „Wertrelativismus“ hin: „Die christlichen Milieus werden kleiner, aber die werden gläubiger“, sagte Oberreuter. Es gehe darum, diese Minderheiten zu stabilisieren, ja, sie vielleicht sogar anwachsen zu lassen.



Prof. Dr. Wolfgang Huber und Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter (rechts) beim Akademiegespräch der Politischen Akademie Tutzing im Bayerischen Landtag
Foto: Grundler

derungen, denen sich die christlichen Kirchen angesichts der Migration gegenüber sehen.

Der ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und frühere Bischof von Berlin-Brandenburg sprach beim Akademiegespräch im Bayerischen Landtag. Eingangs hatte Akademiedirektor und Moderator Heinrich Oberreuter darauf

Hubers Vortrag fiel auf den Vorabend einer Verhandlung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, bei dem abermals über die Zulässigkeit von Kruzifixen in italienischen Klassenzimmern verhandelt wird. Im November 2009 hatte das Gericht christliche Symbole in staatlichen Schulen in Italien für unvereinbar mit der Menschenrechtskonvention erklärt. In diesem Urteil sieht Huber die gefährliche Ten-

denz, generell religiöse Symbole aus dem öffentlichen Raum zu verbannen und wagte ein „Gedankenexperiment“: „Man stelle sich vor, alle Kirchen, Klöster, Wegkreuze und auch Einrichtungen der Diakonie sowie christliche Schulen müssten verschwinden!“ Für Huber unvorstellbar.

Kein Monopolanspruch

Das bedeute allerdings keineswegs einen Monopolanspruch der christlichen Kirchen. Er sieht einen Konflikt heraufziehen zwischen Laizismus hier und staatlicher Neutralität dort, die aber die Religionsfreiheit fördert und achtet. Für Huber gibt es derzeit keinen Grund, die deutsche Gesellschaft als „säkular“ zu bezeichnen: „Die säkulare Option ist eine Haltung, die Respekt verdient. Sie ist wichtig in der pluralen Gesellschaft. Aber auch sie darf keinen Alleinvertretungsanspruch erheben“, sagte der Berliner Alt-Bischof.

Toleranz gegenüber Kopftuch

Man könne den Kirchen nicht abverlangen, dass sie auf ihren herausgehobenen Status als öffentlich-rechtliche Körperschaften verzichten, nur weil Muslime darauf aus ihrem Selbstverständnis keinen Wert legen. Gleichzeitig sprach sich Huber für Toleranz gegenüber dem Tragen des Kopftuchs aus. Das gelte aber nicht in gleichem Maße für beamtete Lehrerinnen. Zur Debatte über ein Burka-Verbot in Frankreich sagte Huber: „Freie Menschen zeigen ihr Gesicht!“

Verständnis zeigte er für die niedersächsische Ministerin Aygül Özkan. Die Muslima hatte bei ihrer Verteidigung die religiöse Beteuerung „So wahr mir Gott helfe“ angefügt. „Die Kritik der Kirche daran hat mich verwundert“, sagte Huber. Dies sei ihr selbstverständliches Recht. Egal, ob

man den Gott der Christen, der Juden oder der Muslime meine. „Dass Gott einer ist, schließt Differenzen im Gottesverständnis nicht aus“.

Er sprach sich für die Zulassung von Lehrstühlen für islamische Theologie aus: „Unter eigenständiger Mitverantwortung der islamischen Verbände können wir hier gemeinsam etwas Gutes bewegen. Es gibt dafür nirgends in Europa bessere Voraussetzungen als in Deutschland“, sagte Huber. Er bedauerte, dass es nicht gelungen sei, eine christliche Formel in die Präambel der EU-Verfassung zu schreiben: „Der Bezug auf die Verantwortung vor Gott und den Menschen bringt die Wertgebundenheit und die soziale Dimension EU zum Ausdruck.“ Leider gebe es überhaupt keine Präambel.

Unabhängig von solchen Entwicklungen dürften die Kirchen in ihrer europäischen Verantwortung nicht nachlassen. Sie müssten darauf drängen,

dass sich die Wirtschaftsgemeinschaft zu einem sozialen Europa weiter entwickelt: „Europa braucht die Kirchen“, sagte Huber.

Soziales Europa

Nun gelte es dafür zu sorgen, dass der Auswärtige Dienst der EU eine Abteilung für religiöse Fragen bekommt: „Angesichts des Ausmaßes, in dem die Religionsfreiheit in der Welt gefährdet und beeinträchtigt ist, ist es nötig, dass die europäische Außenpolitik über Kenntnisse und Instrumente verfügt, um sich für die Durchsetzung und Wahrung der Religionsfreiheit einzusetzen“, sagte Huber.

Der frühere EKD-Ratsvorsitzende appellierte an die Kirchen, den in der jüngsten Zeit erlittenen Vertrauensverlust selbstkritisch aufzuarbeiten. Zur christlichen Ökumene meinte er, dass die Vielfalt einen Reichtum dar-

stelle, nicht nur eine historische Last. Die Kirchen müssten allerdings bei bleibender Verschiedenheit den gemeinsamen Glauben kräftig herausstellen und zusammen für die gleiche Würde aller Menschen „beherzt eintreten“.

Es gebe keinen Grund zu „Verzagtheit und Resignation“. Angesichts der Fortschritte und Herausforderungen durch Wissenschaft und Technik gerade im Bereich der Medizin und Biologie sowie des Missbrauchs wirtschaftlicher Macht und einem „Mangel an weitsichtiger und sachgemäßer politischer Regulierung“ seien die Kirchen gefordert. Sie müssten sich auf ihren Auftrag konzentrieren, sich deutlich nach außen zu orientieren – „hin zu den Menschen, die zwar fragen, denen aber die Antwort des christlichen Glaubens fremd geworden ist.“ ■

Michael Schröder

(Siehe Presseschau Seite 20)

Antriebsstärke und Innovationsfreude

Zum Tod von Elke Leisching

Die überraschende Nachricht von Elke Leischings Tod hat die Akademie, der sie über drei Jahrzehnte in unterschiedlichen Funktionen angehört hatte, tief bewegt. Seit ihrem Abschied im Juni 2005 ist ihr leider kein langer Ruhestand vergönnt gewesen, um sich ihren vielfältigen Interessen und ihrer Familie, zu allererst den Enkeln widmen zu können, die ihr eine Freude waren.

Elke Leisching war eine ausgeprägte Persönlichkeit – pflichtbewusst, kompetent, freundlich und stets auch in jeder Hinsicht die Form wahrend, was mit Distanziertheit nicht verwechselt werden darf. Das Haus, das sie in all seinen Aspekten kannte und zu analysieren wusste, verstand sie auch als „ihre“ Akademie, in der sie gerne gearbeitet und für die sie sich nachdrücklich eingesetzt hat.

Sie war eine souveräne und kreative Kraft, nicht nur in ihrer Funktion als



Elke Leisching (1940 bis 2010)

Foto: privat

Chefsekretärin und Sekretariatsleiterin sowie in den letzten Jahren als Organisationsreferentin, sondern aus dem Inneren Ihrer Persönlichkeit. Sie ist nie stehen geblieben, vielmehr

suchte sie sich zeitgemäße Felder der Weiterbildung und zusätzlichen Qualifizierung. Aus ihrer Antriebsstärke und Innovationsfreude zog die Akademie vielfältig Profit. Mit ihr verbindet sich die Grundlegung professioneller Standards in der EDV ebenso wie die neben ihren dienstlichen Pflichten erworbene berufs- und arbeitspädagogische Qualifikation, welche die Akademie auch zu einem Ausbildungsort für Bürokommunikation werden ließ.

Nach ihrem Ausscheiden wirkte sie verdienstvoll weiter, indem sie unaufgeregt und effizient den Förderkreis der Akademie betreute. In ihren Aufgaben nach vorne zu denken und Positives zu bewirken, ist ihre Maxime gewesen. Damit hat sie prägende Spuren hinterlassen, für die wir ihr dankbar sind. ■

Heinrich Oberreuter

„Keine Olympiade der Demokratie“

Journalistin Tissy Bruns über das Versagen der Medien
im Wahljahr und in der Wirtschaftskrise

„Wie gewinnen wir das Primat der Politik zurück?“ Diese Frage treibt Tissy Bruns um angesichts der rekordverdächtig schnellen Verabschiedung milliardenschwerer Rettungsschirme und Bürgschaften in Bundestag und Bundesrat. Die Chefkorrespondentin des Berliner „Tagesspiegels“ sagt: „Da war was nicht in Ordnung.“

Bruns beobachtet schon länger eine „Abgehobenheit von Politikern und Journalisten auf ihrem Quadratkilometer in Berlin-Mitte“ zwischen Kanzleramt, Bundestag und Cafe Einstein. Sie weiß, wovon sie spricht: Seit 20 Jahren schreibt sie als Parlamentsreporterin für ver-



Tissy Bruns: Geistige Unterernährung durch die Medien

Foto: Plank

balen Verstörung und Krise erinnerte Bruns an das Grundgesetz: „Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus. Finanzmanager haben kein demokratisches Mandat.“ Daran müssten auch Medienleute die demokratische Öffentlichkeit immer wieder erinnern.

Stattdessen beklagten sich Hauptstadtjournalisten im Super-Wahljahr 2009 permanent über einen „langweiligen Wahlkampf“. BILD titelte nach dem sogenannten TV-Duell: „Yes, we gäh.“ Damit gibt sich Bruns nicht zufrieden: „Der Wahlkampf hatte ein spannendes Thema: die Bewältigung der Krise. Doch wir haben viel zu wenig darüber geschrieben. Journalisten haben das Thema nicht platziert. Da war was nicht in Ordnung.“

Warum war das so? Statt über Ursachen und Strategien zu diskutieren, berichteten Journalisten lieber über die „personalisierten und langweiligen Meta-Themen des Wahlkampfes“ wie die Dienstwagenaffäre der Gesundheitsministerin. „Es gab offenbar kein Interesse an der Überprüfung der neo-

liberalen und marktradikalen Thesen der Vergangenheit, die oft von Wirtschaftsjournalisten mit vertreten wurden“, sagte Bruns. „In den Talkshows sitzen die Fürsprecher des Deregulierungs-Mainstreams. Sie reden und schreiben am Publikum vorbei, das ganz andere Erfahrungen mit der Globalisierung macht.“

So erwächst für Tissy Bruns eine Legitimationskrise des politischen, wirtschaftlichen und Mediensystems: „Der depolitisierende Wahlkampf 2009 der strategischen Entmutigung und forcierten Politikvermeidung war keine Olympiade der Demokratie – weder für Politiker noch für Journalisten.“

„Ablenkende Selbstinszenierung“

Harsche Kritik gab es auch an den Moderatoren des TV-Duells, die mit ihrer „ablenkenden Selbstinszenierung“ die Vermeidungsstrategien von Merkel und Steinmeier nicht durchkreuzt hätten. Diese „geistige Unterernährung“ durch die Medien offenbare schwere Funktionsmängel des Systems. Ergebnis dieses unbefriedigenden Wahlkampfes sei jedenfalls eine Koalition geworden, die nach einem halben Jahr als „Trümmerhaufen-Regierung“ da stehe. ■

Michael Schröder

schiedene Medien, darunter „Stern“, „Welt“, „taz“ und den „Tagesspiegel“. Sie kennt die Bonner und die Berliner Republik als journalistische Beobachterin. Sie hat die Kanzler Kohl, Schröder und Merkel aus der Nähe erlebt. Als erste Frau war sie Vorsitzende der Bundespressekonferenz.

Manager ohne Mandat

Verschärft hat sich das Versagen der Medien nach ihrer Einschätzung seit Beginn der Weltwirtschafts- und Finanzkrise im September 2008 mit dem Zusammenbruch der Lehman-Brothers-Bank. Angesichts der tiefen glo-



„Von wegen ‚Soziale Schieflage‘!“

Zeichnung: Tomicek

Ein Gefühl von „zu Hause sein“

Integrationspolitik in Deutschland und Europa

Wie sollen wir das Miteinander in immer heterogener werdenden Gesellschaften gestalten? Mit der Zukunftsfrage Integration befasste sich die Tagung „Unser Haus – Integrationspolitik in Deutschland und Europa“.

Der Lebensweg von Sidigullah Fadai, Imam der afghanischen Gemeinde in München, ist ein Beispiel für die schicksalhaften Lebenswege, die Menschen zu einem Migranten werden lassen. Als 1978 die Kommunisten in Afghanistan die Macht übernahmen, musste er nach Pakistan fliehen. Fadai berichtet von Folter in afghanischen Gefängnissen und vom Elend in den pakistanischen Flüchtlingslagern. Mit einer erkauften Ausreisegenehmigung gelang es ihm, Pakistan zu verlassen. Dass er in München gelandet ist, sei reiner Zufall. Er besaß weder Papiere noch ein Visum, trotzdem habe man ihn hier freundlich aufgenommen. Er beantragte politisches Asyl, lernte Deutsch und absolvierte eine kaufmännische Ausbildung. Es sprach sich schnell herum, dass er ein religiöser Gelehrter, ein Imam, war. So begleitete er – zunächst ehrenamtlich – muslimische Familien bei Hochzeiten oder Beerdigungen. 1990 gründete er in München den Verein „Islamisches Zentrum der Exilafghanen in Bayern“.

Als Imam arbeitet er viel mit zum Teil traumatisierten Jugendlichen mit Migrationshintergrund zusammen, auch in Kooperation mit den zuständigen deutschen Stellen. Er sagt, man müsse offen mit der Gesellschaft reden und keine Parallelgesellschaft gründen. „Wir sollen hier in der deutschen Gesellschaft erst einmal Menschlichkeit lernen, und wenn wir Menschen sind, dann haben wir keine Probleme mit Menschen, egal welcher Religion sie angehören.“

„Wir integrieren keine Religion, wir integrieren auch keine Nation, wir integrieren Menschen“, betont auch Martin Neumeyer, der erste Integrationsbeauftragte der Bayerischen

Staatsregierung. Seit Herbst 2008 ist er im Auftrag des Ministerpräsidenten ehrenamtlich tätig, erst seit dem Sommer 2009 hat er ein eigenes Büro. Neumeyer sagt: „Für mich ist das die Aufgabe meines Lebens.“

Migranten – der fünfte Stamm

Er selbst beschäftigt sich schon lange mit dieser Problematik. Seit über sieben Jahren ist er in der CSU-Landtagsfraktion Arbeitsgruppenleiter für In-



Sidigullah Fadai ist Imam der afghanischen Gemeinde

tegration und Islam. Wichtig ist für ihn, dass man den Migranten ein Zugehörigkeitsgefühl gibt. Er geht sogar so weit, die Migranten – neben Altbayern, Schwaben, Franken und Sudetendeutschen – als fünften Stamm in Bayern zu bezeichnen. Ein anderes Kriterium ist für ihn die Zweisprachigkeit der Migranten: die Muttersprache und Deutsch. Zweisprachigkeit bedeute ein Gefühl von Heimat und „zu Hause sein“ und muss Teil der Integration sein.

Die Parlamentswahlen im Juni 2010 in den Niederlanden haben es wieder gezeigt: Integration ist in unserem Nachbarland ein Problemthema.



Integrationsbeauftragter Martin Neumeyer: „Zweisprachigkeit bedeutet ein Gefühl von Heimat“

Jeroen Doomernik, Wissenschaftler am Institut für Migration und ethnische Studien der Universität Amsterdam, analysierte die Ursachen. Geprägt ist die Einwanderung in Holland seit 1950 durch Personen aus den ehemaligen Kolonialländern Indonesien und Surinam sowie die Gastarbeiter (insbesondere aus der Türkei und Marokko).

Zu einer großen politischen Krise geriet die Einwanderung durch einen sprunghaften Anstieg der Asylgesuche zu Anfang der 1990er Jahre. Es kam zu dem Eindruck, dass die Regierung „da nicht mehr alles unter Kontrolle“ habe. Die Politik habe dann aber reagiert. Dazu gehörte beispielsweise eine Antidiskriminierungspolitik und eine Gesetzgebung, die auf Maßnahmen zielte, die zur Teilnahme an der Gesellschaft befähigen, insbesondere der Erwerb der Sprachkompetenz. Positive Effekte stellten sich ein: Die Erwerbslosigkeit der Immigranten nahm ab. Allerdings gelang es Anfang des Jahrtausends



politischen Kräften wie der „Liste Pim Fortuyn“ Resonanz dadurch zu finden, die Integration als Misserfolg und die Tradition der Verschiedenheit in Holland als Problem darzustellen. Zurzeit führt Geert Wilders diese Rhetorik weiter und erzielt mit seinem „Kreuzzug gegen den Islam“ Wahlerfolge. Die unreflektierte Haltung zum Thema Integration trage zur Verrohung der Debatte bei, betonte Doomernik.

Im Jahr 2006 geriet die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln in die Schlagzeilen. Sie wurde als „Hass-Schule“ bezeichnet, in der Gewalt durch Schüler, meistens mit Migrationshintergrund, an der Tagesordnung gewesen sei. Brigitte Pick kennt diesen „Integrations(tat-)ort“ genau, sie hatte die Rütli-Schule mehr als zwei Jahrzehnte lang geleitet. Als Ursache von jugendlicher Gewalt sieht sie „Hilflosigkeit, das Gefühl von Ohnmacht und Demütigung.“ Lehrer würden dabei oft in „einer Melange aus Hilflosigkeit und Wegschauen“ landen. „Man muss die Balance zwischen Distanz und Nähe“ hinbekommen, so Pick. Erschwerend käme hinzu, dass die Schüler die gesellschaftliche Leistungskonkurrenz um die Anerkennungskompetenz ergänzen würden. Dazu gehören dann „alle Formen der Angeberei und des Mobbing“, sagte Pick.

Willkommenskultur

Auch in München stellt sich die Integrationsproblematik: 23 Prozent der Münchener Bevölkerung sind Ausländer (also ohne deutschen Pass), 36 Prozent aller Münchener und 50 Prozent der Erst- und Zweitklässler in



Margret Spohn: „Integration ist gleichberechtigte Teilhabe“

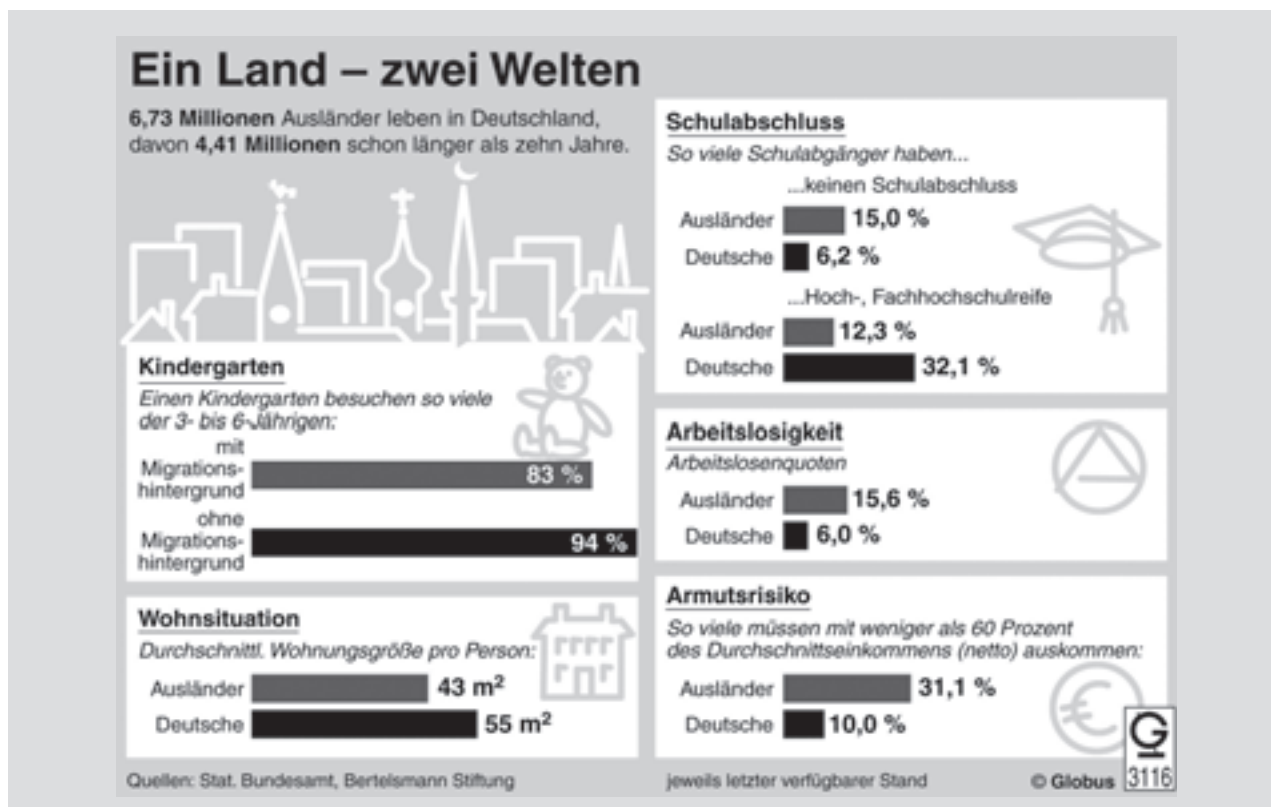
Fotos: Plank

München haben einen Migrationshintergrund aus 180 Ländern. „Eine Kommune tut gut daran zu schauen, wie sie damit umgeht“, so Margret Spohn von der Stelle für interkultu-

relle Arbeit der Landeshauptstadt München. „Interkulturelle Öffnung ist Grundlage jeder modernen Verwaltung, aber auch jeden modernen Unternehmens“, führte sie aus. Die Stadt München definiere Integration als gleichberechtigte Teilhabe an den Kerninstitutionen der Gesellschaft wie Bildung, Schule, Gesundheit, Kultur.

Spohn stellte die vielfältigen Komponenten des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt vor. Von dem preisgekrönten Personalentwicklungskonzept, durch das der Anteil der ausländischen Auszubildenden von 6 auf 19 Prozent erhöht wurde, über interkulturelle Schulungen von Mitarbeitern bis zur Schaffung einer Willkommenskultur: Seit letztem Jahr erhalten die Menschen, die in München neu eingebürgert sind, einen Willkommensbrief des Oberbürgermeisters mit einer Einladung zu einer Einbürgerungsfeier. „Das wird gut angenommen“, so Spohn. „Die Leute putzen sich heraus und die Stimmung ist prächtig“. Auf die Frage, was ihnen an der Feier gefehlt habe, lautete die Antwort vielfach: „Die Nationalhymne, bayerische Musik und bayerisches Essen“. ■

Gero Kellermann / Juliane Plank



„Wir riefen Arbeiter und es kamen Menschen“

Kaum ein anderes Thema ist von solch zukunftsweisender Bedeutung wie die Integration von Zuwanderern. Michael Griesbeck, der Vizepräsident im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg, analysiert die aktuelle Situation.

„Wir hatten über Jahrzehnte hinweg keine gestaltete Zuwanderung. Wir standen dann staunend davor, wie sich das entwickelt und auch fehl entwickelt hat.“ So fasst Michael Griesbeck den ersten Teil der Geschichte der Zuwanderung in Deutschland nach 1945 zusammen. Griesbeck sprach in Tutzing auf der Tagung „Unser Haus – Integrationspolitik in Deutschland und Europa“. Nach dem Krieg seien mehrere große Zuwanderungsgruppen nach Deutschland gestoßen. Geprägt wurde das Bild der Migranten in der Bundesrepublik vor allem durch die sogenannten Gastarbeiter. Zwischen 1955 bis zum Anwerbestopp im Jahre 1973 kamen etwa 14 Millionen Arbeitsmigranten nach Deutschland, von denen rund drei Millionen dauerhaft geblieben sind. Sie wurden geholt wegen des hohen Wirtschaftswachstums und Arbeitskräftemangels. Doch eines hatte die Politik übersehen, nämlich das, was Max Frisch so ausdrückte: „Wir riefen Arbeiter und es kamen Menschen“.

Alle, auch die Migranten, gingen zunächst davon aus, dass diese mit dem in Deutschland verdienten Geld und mit entsprechenden Perspektiven in ihre persönlichen Herkunftsländer (Italien, Spanien, Jugoslawien, Türkei) zurückkehren würden. 1973 kam es zum Anwerbestopp. Der Familiennachzug führte schließlich dazu, dass wir Ende des vergangenen Jahrhunderts eine große ausländische Bevölkerung hatten: rund 7,3 Millionen, das entsprach einem Ausländeranteil von etwa neun Prozent.

Eine weitere große Gruppe waren die Aussiedler und Spätaussiedler. Seit 1950 sind etwa 4,5 Millionen Menschen aus Mittel- und Osteuropa zu-

gewandert. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs kam es zu einer weiteren großen Welle. So kamen allein im Jahr 1990 etwa 400 000 Spätaussiedler nach Deutschland. Die dritte große Zuwan-



Michael Griesbeck: „Integration zukunftsgerecht gestalten“

Foto: Plank

derungsgruppe, die Griesbeck nannte, stellen die Asylbewerber und Flüchtlinge dar: Von 1953 bis 2009 seien rund 3,3 Millionen Asylanträge in Deutschland gestellt worden.

Negativer Wanderungssaldo

„Wir hatten zunächst eine Situation, in der man sich mehr Gedanken darüber gemacht hat, wie kommen diese Leute unter, wie geht man mit diesen großen Zahlen in Deutschland um?“, sagte Griesbeck. An Integrationsmaßnahmen habe man leider wenig gedacht. Seit dem letzten Jahr habe Deutschland

jedoch zum ersten Mal einen negativen Wanderungssaldo: Spätaussiedler waren es im Jahr 2008 nur noch 4 300 und Asylbewerber 28 000. Die größte Gruppe der Zuwanderung wird durch den Familiennachzug bestimmt, dieser liege jedoch auch nur noch bei 40 000 Personen.

In der Integrationspolitik sei es „zum Glück zu einem Paradigmenwechsel“ gekommen. Nun kümmere man sich verstärkt um die Frage, was an wichtigen Integrationsmaßnahmen gemacht werden kann, und – dies hebt Griesbeck hervor – „wie wir attraktiv für Zuwanderer werden“. Bereits jetzt bestehe ein Fachkräftemangel, aufgrund der demografischen Entwicklung wird sich dieser noch erhöhen. „Wir müssen uns Gedanken machen um Zuwanderungssteuerung und Attraktivität für Fachkräfte“, so Griesbeck.

Anerkennungsdschungel

Ein Problem bestehe darin, dass viele der in Deutschland lebenden Migranten weit unter ihrer Qualifikation arbeiten würden. Deutschland sei immer noch ein „Anerkennungsdschungel“. Frühzeitig habe das Bundesamt darauf aufmerksam gemacht, dass man die im Ausland erworbenen Abschlüsse zum Beispiel als Mediziner, Ingenieur und Lehrer anerkennen müsse. „An diesem Problem haben sich bereits viele die Zähne ausgebissen“, sagte Griesbeck. Zukunftsgerechte Integrationsgestaltung bedeute, dass man sich immer bewusst sein muss, wie sich Gesellschaft ändert und was der Bedarf ist. „Wir müssen immer vor Augen haben, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern“, sagte Griesbeck. ■

Gero Kellermann

Linktipps:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: <http://www.bamf.de>
<http://www.integration-in-deutschland.de>

„Migration kommt nicht von Migräne“

Kenan Kolat fordert „Willkommenskultur“

Anreize setzen statt mit Sanktionen drohen: Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde, plädierte für eine positive Haltung von Politik und Gesellschaft in Integrationsfragen. Den Deutschen müsse endlich bewusst werden, dass Migration nicht von Migräne komme.

Die Freude über Deutschlands erste muslimische Ministerin währte nicht lange: Erst noch bezeichnete Kenan Kolat die CDU als vorbildliche Partei, doch schon musste sich Aygül Özkan, die neue niedersächsische Sozialministerin, entschuldigen. Was war passiert? Die Tochter türkischer Einwanderer hatte sich gegen Kreuze und Kopftücher in öffentlichen Schulen ausgesprochen – und damit das große „C“ ihrer Partei getroffen.

„Bis zum Umfallen habe ich sie unterstützt“, verriet Kenan Kolat bei der Tagung „Unser Haus – Integrationspolitik in Deutschland und Europa“. Dass sich die neue Ministerin sogar vor dem Parlament habe entschuldigen müssen, das könne er nicht nachvollziehen. In einem Interview habe er sich denn auch direkt an Niedersachsens Ministerpräsidenten Wulff (CDU) gewandt: „Lieber Herr Christian Wulff, achten Sie unser Grundgesetz und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.“ Dieser Satz habe ihm wütende Briefe aufgebrachter Bürger eingebracht.

Negativer Diskurs

Kolat sparte nicht mit Kritik an der derzeitigen Integrationspolitik: „Wir haben hier in Deutschland einen negativen Diskurs“, sagte er. „Wir wollen über Chancen sprechen, fangen aber immer gleich mit den Problemen an.“ Deshalb seine Forderung: Den Deutschen müsse endlich bewusst werden, dass das Wort Migration nicht von Migräne komme: „Wir brauchen eine Willkommenskultur.“

Kolat spielt gerne mit Worten, dazu ist seine Gestik so lebendig, als würde er die Wörter tatsächlich zunächst in der Luft herumwirbeln, dort neu kombinieren und dann aussprechen. Für diese



Kenan Kolat: Anreize setzen statt mit Sanktionen drohen

Foto: Plank

Möglichkeiten schätzt er die deutsche Sprache. Aber Migrationshintergrund, dieses Wort schätzt er nicht. „Warum Migrationshintergrund?“, fragte er. Und spricht lieber von „Migrationsvordergrund“.

Er will damit betonen, dass die Herkunft eben auch Teil der eigenen Identität sei. Und deshalb kritisiert er die sogenannte Optionspflicht, die derzeit 50 000 Jugendliche zwingt, sich zwischen der türkischen und der deutschen Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 erhalten in Deutschland geborene Kinder von Ausländern automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Wenn sie 18

Jahre alt sind, müssen sie sich allerdings entscheiden – entweder für die deutsche oder für die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern. Bis 2018 werde die Zahl der Betroffenen auf 350 000 anwachsen. Das sei ein Hemmnis für Integration, sagte Kolat: „Wir festigen dadurch bestimmte Minderheiten.“

Forderung Wahlrecht

Zu einer solchen Festigung trage auch das deutsche Bildungssystem bei. Von Stigmatisierung spricht Kolat, als er Untersuchungsergebnisse zitiert, wonach türkische Jugendliche den mit Abstand geringsten Bildungsstand aller Migrantengruppen hätten. Doch das Ergebnis müsse man differenzierter betrachten, sagte Kolat. Er spricht von einer „schichtspezifischen Frage“, einer „kumulierten Unterschichtproblematik“. Als Beleg für diesen Zusammenhang führte er eine Studie an, wonach 80 Prozent der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland zum sogenannten Prekariat gehörten, während dieser Anteil bei der deutschen Bevölkerung bei 13 Prozent liege.

Kolat warnt vor „strukturellen Vererbungs- und Verarmungsprozessen“. Er kennt die Schwierigkeiten in den türkischstämmigen Familien aus persönlichen Gesprächen. Eine neue Ausbildungsoffensive sei nötig, um diesen Tendenzen entgegenzuwirken.

Anreize setzen statt mit Sanktionen drohen – das ist Kolats grundlegender Rat für erfolgreiche Integrationspolitik. Dazu zählten auch mehr Möglichkeiten der politischen Partizipation für Deutsch-Türken. Wie das in der Praxis aussehen könne? Zum Beispiel durch eine Öffnung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Ausländer, sagt Kolat. Das sei ein wichtiger Schritt zu einer besseren Integration nicht nur durch Partizipation. So müssten sich die Bewerber um ein Amt mit den Interessen einer neuen Wählergruppe auseinandersetzen. ■

Kathrin Haimerl

Das Verbrechen – Dämon oder Kulturstifter?

Kriminalität im Schatten der Gesellschaft

Im Schatten der ehrenwerten Gesellschaft lauert das Verbrechen. Es lauert dort schon seit langem, seit Kain und Abel und Romulus und Remus. Eine gemeinsame Tagung mit der Evangelischen Akademie Tutzing spürte den Ursachen für die Faszination am Verbrechen nach.

„In der Bibel muss man nicht lange blättern, um bis zum ersten Mord zu kommen – wie bei einer Fernsehzeitschrift.“ Der Marburger Theologe Rainer Kessler ist bei Kain und Abel. Er wies auf die Folgen dieses ersten Mordes der Menschheitsgeschichte hin: diese liegt nicht in der Vernichtung des Verbrechers Kain, sondern in dessen Vertreibung. Dessen nunmehr ruheloses und eingeschränktes Dasein führte jedoch dazu, dass Kain zum ersten Städtebauer wird. Hier zeigt sich das Verbrechen als Kulturstiftung: „Ohne die Vertreibung hätte es den Fortschritt Städtebau nicht gegeben“, sagte Kessler.

„Jeder kann zum Täter werden.“ Das ist die feste Überzeugung von Josef Wilfling, dem ehemaligen Chef der Münchner Mordkommission. Wilfling hatte unter anderem die Mörder des Schauspielers Walter Sedlmayr und des „Modezaren“ Rudolph Moshammer überführt. 70 Prozent aller Tötungsdelikte seien Beziehungstaten. „95 Prozent aller Täter sind Menschen wie Du und ich“, so der lang gediente Polizist: „Von einem Tag auf den anderen können die Menschen mit existentiellen Fragen in der Familie konfrontiert werden, zum Beispiel wenn es um Trennung und Kinder geht.“

Gewaltige Dunkelziffer

Wilfling bemängelte die „gewaltige Dunkelziffer“ bei Mord und Totschlag. Sogar bei unteren Schätzungen käme auf ein entdecktes Tötungsdelikt ein weiteres, das aber unentdeckt bleibt. Jeder Arzt könne in Deutschland die Leichenschau vornehmen. Es gebe keinen amtlichen Leichenschauer wie in anderen Ländern. Das sei ein Problem.

Positiv stellte Wilfling die Aufklärungsquote der Münchner Kripo heraus: 130 Prozent! Der Grund: Wegen der modernen DNA-Ermittlungsmethoden können auch bei alten Fällen neue Beweise ermittelt werden. „Dadurch sind in München bereits 20 Morde geklärt



Josef Wilfling: Gewaltige Dunkelziffer bei Mord und Totschlag

worden“, sagte Wilfling. Die neuen Methoden der Spurensicherung bringen aber auch ein neues Problem: Ist eine Spur überhaupt relevant für eine Tat? Natürlich sei die Arbeit bei der Kripo nichts für sensible Leute. „Das Belastende an dem Beruf ist der Umgang mit den Angehörigen. Ihnen gegenüber haben wir eine Bringschuld“, betonte Wilfling.

„Was ist abweichendes Verhalten?“ lautete die Frage von Bernhard Haffke, Rechtsanwalt und Strafrechtsprofessor in Passau. „Abweichendes Verhalten kann nur auf der Folie des konformen Verhaltens gedacht werden“, sagte Haffke. Unter Hinweis auf Durkheim formulierte er die These, dass Verbrechen „integrierender Bestandteil einer jeden gesunden Gesellschaft ist“. Es

schweiße durch die ausgelösten intensiven Gefühle die Gemeinschaft der Rechtstreuen zusammen.

Menschenwürde achten

Abweichendes Verhalten sollte daher nicht dämonisiert werden, es bestehe vielmehr eine „sozusagen kreatürliche Solidarität mit dem Verbrecher“. Die Gesellschaft müsse den Abweichenden „in seiner Menschenwürde und personalen Verantwortlichkeit achten“, so Haffke.

„Themenbereich der Kriminologie ist die Lehre vom Verbrechen, vom Verbrecher, von der Verbrechenskontrolle und, neuerdings, auch die Lehre vom Verbrechensopfer“, so skizzierte Johannes Kaspar, Strafrechtler und Kriminologe an der Universität München die Aufgabe dieser Wissenschaft. Formell gesehen ist Verbrechen jedes vom Gesetzgeber mit Strafe bedrohte Verhalten. Es zeige sich, dass die Einstufung als „strafwürdiges Verhalten“ jedoch sehr zeit- und kulturabhängig sei, zum Beispiel beim Thema Majestätsbeleidigung. Eine besondere Rolle komme heute der Wirtschaftskriminalität zu. Sie stelle lediglich 1,5 Prozent der Taten, mache aber 50 Prozent des gesamten Schadens aus. Dieser liege bei etwa vier Milliarden Euro jährlich.

Verbrechen im Deutungskampf

Die Tagung befasste sich schließlich mit Deutungskämpfen hinsichtlich der Charakterisierung von Verbrechen. Marcus Llanque, Inhaber des Lehrstuhls für Politische Theorie an der Universität Augsburg, ging der unterschiedlichen Auslegung von Terror als Verbrechen und, auf der anderen Seite, als Heldentat nach. Da sich Attentäter selbst oder zumindest als Vertreter der Opfer sehen, sei aus deren Sicht das Verhältnis zwischen Opfer und Täter umgekehrt. Die Mo-



tivation für die Tat ist demnach die Vergeltung für das, was einem selbst angetan wurde. Das Verbrechen einer terroristischen Tat dürfe man nicht gleich als Straftatbestand sehen, „man müsse die Tat stets moralisch bewerten“, sagte Llanque. So könne man den Hitler-Attentäter Stauffenberg nicht „Verbrecher“ nennen. Llanque stellte sich außerdem die Frage, wie man Terrorismus beenden kann. Das Verhandeln mit Terroristen sei schwierig und moralisch sehr anspruchsvoll, da sie die Gewaltsituation meistens aufrecht erhalten wollen. Der Kampf

gegen den Terror sei nur möglich, wenn auf der politischen Ebene Lösungen gefunden werden können.

Ist Selbstmord ein Verbrechen? Der Münchener Psychoanalytiker und Bestsellerautor Wolfgang Schmidbauer widmete sich vor allem den Ursachen für Suizid. Die meisten Selbstmörder würden „das Danach“ fantasieren. Selbst bei erweitertem Selbstmord vollziehe der Täter, aus seiner Sichtweise, keine grausame Tat. Er nimmt die geliebten Menschen lediglich mit. Jean Amery, ein Schriftsteller, der spä-

ter selbst Suizid begangen hat, sieht als Ursache vor allem das eigene Scheitern, „welches das Leben widrig macht“, so Schmidbauer. Das eigene Scheitern und geringer Erfolg waren wohl auch Gründe für den Suizid von Heinrich von Kleist. Kaum ein Freitod wurde in der Literaturgeschichte so häufig thematisiert. Briefe Kleists und seiner todkranken Freundin Henriette Vogel, die er auf deren Wunsch hin mit in den Tod nahm, dokumentieren ihre Verzweiflung, wie Schmidbauer erzählte. ■

Lena Grümann / Gero Kellermann

Mafia – Gefahr für Staat und Gesellschaft

Der Mafia-Klassiker „Der Pate“ war für Petra Reski der ausschlaggebende Punkt, als Jugendliche das erste Mal nach Italien reisen zu wollen. Doch anstatt der faszinierenden Mafiawelt fand sie in Sizilien vor allem eins: Armut. Reski verbrachte ihren Urlaub lieber am Meer und kehrte erst später als Journalistin zum Thema Mafia zurück. Im Rahmen der Tagung über „Das Verbrechen“ las sie aus ihrem Buch „Mafia – Von Paten, Pizzerien und falschen Priestern“.

Als zu Beginn der 90er Jahre ganz Italien die Gefahr einer „von der Mafia ausgehöhlten Gesellschaft“ erkannte, forderten die Menschen ihre Sicherheit zurück. Noch heute wird diese Zeit der ersten großen Mafiaprozesse als „Frühling von Palermo“ bezeichnet. Reski, die heute in Italien lebt, berichtete als Journalistin zunächst von den Helden dieser Zeit: Menschen wie Paolo Borsellino oder Giovanni Falcone, die als Richter den Kampf gegen die Mafia aufnahmen und dafür mit ihrem Leben bezahlten.

Später richtete sie ihr journalistisches Augenmerk auf die Frauen in der Mafia. „Ohne die Frauen könnte die Mafia nicht existieren“ betonte Reski. Das unschuldige Bild der Frauen, das die Mafia verbreitet, sei falsch. Die Frauen würden die kriminellen Geschäfte der Ehemänner und Väter wei-

terführen, wenn diese im Gefängnis sitzen. Auch die Vermittlung der Werte der Mafia bei der Erziehung der Kinder sichere den Fortbestand der Mafiosi, denn: „Mafia ist Lebensstil und Mentalität“, sagte Reski.

Priester als Verbündete

Nicht nur die Familie, sondern auch die katholische Kirche sieht Reski als weitere tragende Säule der Mafia in Italien. Die Mafia habe die katholischen Werte „vereinnahmt und pervertiert“ erklärte Reski im Hinblick auf die Tatsache, dass Priester jahrelang untergetauchten Mafiosi die Beichte abnehmen.

Als im Sommer 2007 sechs Menschen in einem italienischen Restaurant in Duisburg erschossen wurden, sorgte der Fall wegen seiner Brutalität für Aufsehen. Hintergrund der Tat war ein Streit zweier verfeindeter Mafia-Familien der so genannten ‚Ndrangheta, der kalabrischen Mafia. Reski berichtete über den Fall und die weltweiten Verstrickungen der Mafia. Ihre Vernetzung und ihre Finanzkraft machen die Mafia zu einer Gefahr für Staat und Gesellschaft. Dem deutschen Staat fehlt es an geeigneten Werkzeugen dagegen vorzugehen, so Reskis Urteil.

In ihrem Buch deckt sie auf, wie das „Weltkulturerbe Mafia“ – auch in Deutschland – funktioniert. Schon in

der Vergangenheit wurde Reski aufgrund ihrer Recherchen in Italien mehrfach bedroht. Seit einiger Zeit



Petra Reski wurde wegen ihrer Mafia-Recherchen auch in Deutschland bedroht Fotos: Grümann

jedoch auch in Deutschland. Ihre Gegner, in Deutschland lebende Italiener, die eine Verbindung zur Mafia vehement abstreiten, bedrohten sie und erwirkten eine Zensur ihres Buches.

„Ich hätte nie gedacht, dass so etwas in Deutschland geschehen könnte“ erzählte Reski, immer noch sichtlich bewegt, während sie den Zuhörern die geschwärzten Seiten ihres Buches zeigt. ■

Lena Grümann

„Europa ist nicht mehr der wichtigste strategische Partner“

Neue Konstellationen zwischen den Machtzentren der Welt

Fragen nach der zukünftigen Weltordnung und nach den Akteuren, Interessen und Faktoren, die das internationale System beeinflussen und gestalten, standen im Zentrum einer Tagung über neue Konstellationen zwischen den Machtzentren der Welt.

„Die Dynamik der transatlantischen Beziehungen ändert sich.“ So beschreibt der Kommandeur der NATO Schule, Colonel Mark Baines, neue Entwicklungen in der internationalen Politik. „Smart Power“ sei jetzt gefragt, um die gestresste transatlantische Gemeinschaft wieder mit stärkeren kulturellen Verbindungen und einer gemeinsamen strategischen Kultur zu beleben. Die alten gemeinsamen transatlantischen Werte und Visionen seien nicht mehr ausreichend, um den Herausforderungen der Zukunft wie Massenvernichtungswaffen und Terrorismus zu begegnen. Auch wird sich Amerika mit Japan und Australien neuen Partnern zuwenden.

Unterschiedliche Ansätze in der Russland- und Iranpolitik und in Energie-, Wirtschafts- und Umweltfragen belasten die transatlantischen Beziehungen. Aber dennoch ist die transatlantische Zusammenarbeit und eine wertbasierte internationale Ordnung unerlässlich für die Zukunft, so Baines.

Blauhelme seit 1956

Manfred Eisele, General bei Einsätzen der Vereinten Nationen von 1994 bis 1998, beschrieb sowohl die Entwicklung internationaler Interventionen als Instrument globaler Ordnungspolitik wie auch die Bedeutung und die Problematik der UN-Friedensmissionen. Eisele führte durch die komplexe Problematik des Auseinanderfallens von Geist und Text der UN-Charta und der politischen Realität. Das in Artikel 2, Absatz 7 festgehaltene Interventionsverbot habe lange manche brutale

Machthaber und Diktatoren erst „ermöglicht“ – ohne Protest des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Erfunden hat die Blauhelm-Soldaten

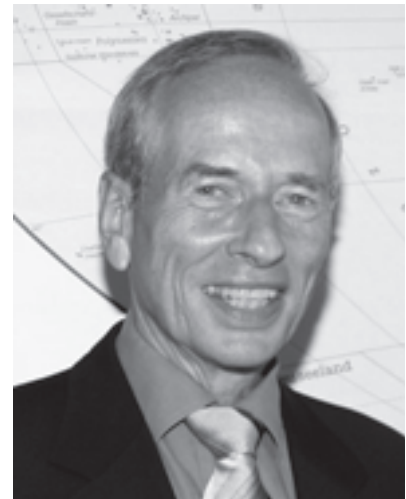


Mark Baines: Alte transatlantische Werte reichen nicht mehr aus

bereits der UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld während der Suezkrise 1956. Interventionen seien vielschichtig und nicht notwendigerweise gleich militärisch. Auch politisch, diplomatisch oder wirtschaftlich kann im Zuge einer instabilen oder bedrohlichen Sicherheitslage interveniert werden.

Tatsächlich sind die meisten internationalen Interventionen nicht militärisch: Embargos, Reiseverbote oder Sperren von Bankkonten. Es gibt also verschiedene Möglichkeiten, Maßnahmen zur Wahrung des Friedens zu ergreifen, Voraussetzung ist aber nach Kapitel 8, Artikel 62, immer ein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Behindert werden Interventionen durch

ein Beharren auf nationale Souveränität. Seit 1991 mit der Resolution 688 gibt es zum ersten Mal die Möglichkeit, auch aus humanitären Gründen zu intervenieren.



Manfred Eisele: Interventionsverbot hat brutale Diktatoren erst ermöglicht

Fotos: Plank

Nationalstaat bleibt nötig

Hanns Maull von der Universität Trier analysierte die Machtverschiebungen im internationalen System durch das Ende des Ost-West-Konflikts und die Machtumverteilung von Westen nach Osten Richtung Asien. Globalisierungsprozesse führen zu Machtdiffusion: Zusammenwachsen über nationale Grenzen ist als konstruktive Entwicklung zu verzeichnen, gleichzeitig aber entsteht eine neue Dialektik von Integration und Integrität. Maull knüpfte an General Eisele an, als er eine zunehmende Verrechtlichung der Weltpolitik und einen Ausbau des Völkerrechts prognostiziert. Weltinnenpolitik erfordere neue Baupläne, ein Zusammenwirken von internationalen Organisationen und Regimen, von Zivilgesellschaft und Re-



gierungen, Firmen und Nichtregierungsorganisationen. Die zunehmende Komplexität von Problemlagen und nicht zuletzt die Effektivitäts- und Effizienzdefizite des internationalen Regierens machen den Nationalstaat dennoch nötig. Er sei die wichtigste Instanz zur Durchsetzung von individuellen Werten und kollektiven Schutzrechten und besitze im Normalfall de-



Hanns Maull: Weltinnenpolitik erfordert neue Baupläne

mokratische Legitimität. Zukunft habe der Nationalstaat aber nur, wenn er sich neu und global definiert und nicht versäumt, seine Handlungsfähigkeit in internationalen Prozessen zu sichern.

Ambivalentes Afrika

Robert von Rimscha aus dem Auswärtigen Amt führte bei seinen Bemerkungen zu zentralen Herausforderungen der deutschen Außenpolitik die These des „managed decline“ am Beispiel der USA und Japan aus. Es bestehe die Gefahr, dass die USA zur Sicherung internationaler Stabilität auf neue und improvisierte Allianzen ausweichen und statt institutionalisierter Multilateralität ein Netz binationaler Beziehungen unterstützen. Der Sudan, so prognostizierte von Rimscha, werde der blutigste Konflikt der Welt im nächsten Jahr, mit Auswirkungen weit über die sudanesischen Grenzen. Aus der deutschen Zusammenarbeit mit Uganda und Tansania sind aber auch gute Nachrichten zu hören.

Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus werde nicht abnehmen, solange gleich mehrere „Ruinenstaaten“ wie der Jemen Rückzugsgebiete bilden. Indiens Erfahrungen mit politischem Ausbalancieren schaffe diesem Land beste Zukunftschancen.

China betreffend fragte von Rimscha nach dem langfristigen Erfolg des chinesischen Entwicklungshilfemodells der Nichteinmischung. Nachfolgeregierungen grausamer Regime könnten Pekings Unterstützung für die alten Diktatoren ablehnen und verurteilen. Die Mittelmacht Deutschland werde auch in Zukunft global nur als internationale Handelsmacht agieren und kein aktiv gestaltendes globales sicherheitspolitisches Profil anstreben.

Anpassungen

Auf dem Podium über Amerikas, Russlands und Chinas zukünftige internationale Interessen diskutierten Stefan Fröhlich von der Universität Erlangen-Nürnberg, Ellen Bos von der Andraszky-Universität in Budapest und Sven Gareis von der Führungsakademie der Bundeswehr Macht- und Konfrontationspotentiale.

Am amerikanischen Selbstverständnis und Gestaltungswillen habe sich durch die Finanzkrise einiges geändert, sagte Fröhlich. Auch die neue Sicherheitsstrategie vom Mai 2010 spiegele mehr Multilateralität; schließlich habe die schlechte Haushaltslage entsprechende Auswirkungen auf globale Machtansprüche. Die Kosten der Kriegsführung im Irak und Afghanistan, der Aufstieg Chinas und die globale Wirtschaftskrise erfordern auch von den USA Anpassungen. Führer der freien Welt zu sein, bleibe allerdings das Selbstverständnis der US-Regierung – auch wenn Machtpotential und -ressourcen abnehmen.

Die USA werden weiterhin die vom Westen geschaffenen Institutionen schützen, auf die Erzwingung westlicher Ordnungsmodelle allerdings werde in Zukunft verzichtet. Langfristig sichere die Innovationsfähigkeit, die Verzahnung von Wissenschaft,

Politik und Wirtschaft und die militärische Überlegenheit Amerikas Zukunft, sagte der Nürnberger USA-Experte.

Weltmacht auf zwei Kontinenten

Die Komplexität von Russlands Außenpolitik, so Ellen Bos, entstehe durch die Gleichzeitigkeit von konfrontativen und kooperativen Elementen. So wird die Bedeutung der gemeinsamen Werte und der EU als natürlicher strategischer Partner hervorgehoben und



Ellen Bos: Fehlwahrnehmungen und Enttäuschungen prägen die russisch-europäischen Beziehungen

parallel internationale Kontrollversuche und europäisches „Diktat“ angeprangert. Insgesamt prägten Fehlwahrnehmungen und Enttäuschungen die russisch-europäischen Beziehungen. Gemeinsame Interessen und Werte seien kaum vorhanden. Zu den Ursachen gehören Differenzen in Bezug auf die Gestaltung des postsowjetischen Raums und Zwischeneuropas und die Enttäuschung, dass Transformationsprozesse nicht zum großflächigen wirtschaftlichen Aufschwung führten.

Das russische Selbstverständnis werde geprägt vom Verlust des Imperiums und den Fragen nach Gaspreisen und -lieferungen. Russland verstehe sich immer noch als „Weltmacht mit einem Territorium über zwei Kontinente“, be-

harre auf eigenen und unabhängigen Rechtsstandards und lasse sich nicht in europäische Nachbarschaftsprogramme einbinden. Die Wirtschaftskrise schaffe auch in Russland Notwendigkeiten der Kooperation mit dem Westen, insgesamt werde die EU jedoch als normatives Imperium wahrgenommen, dessen Ansprüche zurückgewiesen werden.

Unklare Strategie

China ist durch sein ökonomisches Gewicht ein Faktor der Weltpolitik geworden. Innenpolitische Imperative, wie der Machterhalt der Kommunistischen Partei und die politische Ordnung, prägen auch die Gestaltung der Außenpolitik. China, so Sven Gareis, werde seine außen- und sicherheitspolitischen Interessen selbstbewusst vertreten, eine riskante Konfrontation mit den USA aber vermeiden und die Priorität weiterhin auf wirtschaftliche Entwicklung setzen. Über Attribute einer Weltmacht verfüge die Volksrepublik China ohne Zweifel, es werde seine Weltmachtrolle auch weiter ausbauen. Bedenklich sei dieser Weg allerdings wegen der Unklarheiten über die wirklichen strategischen Absichten Chinas. Sicherheitspolitische Dokumente betonen lediglich „aktive Verteidigung“ und die Bedeutung der nationalen Einheit.

Die im Westen diskutierte Herrschaftslegitimation scheint in China kein Problem darzustellen, da sie in historischer Tradition definiert ist: als Erfolg bei der Fähigkeit, das Land gut zu regieren. Insgesamt stehe die chinesische Regierung vor sehr großen Problemen durch soziale Ungleichheit, Armut und Umweltzerstörung, sagte Gareis.

Sicherheit wird nicht durch eine zufällige Bedrohungslage gefährdet, sondern durch die Einschränkung der Freiheit der Eigenentwicklung, so Carlo Masala von der Universität der Bundeswehr in München. Durch die Veränderungen des Sicherheitsverständnisses und die Erweiterung des Sicherheitsbegriffes sind Staaten nicht nur

gezwungen sich zu vernetzen, sondern alle diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Instrumente zu nutzen, um Frieden und Stabilität zu erhalten.



Nepalesische UN-Soldaten bei einem Einsatz in Somalia

Kritische Situation

Masala analysierte Systeme gemeinsamer Sicherheit und beschrieb, warum Systeme wie der Völkerbund zwar Schutz gegen außen und voreinander gaben, sie dennoch keinen Erfolg haben, weil sie in Friedenszeiten nicht



Carlo Masala: „Kollektive Sicherheit funktioniert nicht“

gebraucht werden und im Konfliktfall nicht funktionieren. Kollektive Sicherheit, so Masala, funktioniert nicht. Auch die Vereinten Nationen seien kein System kollektiver Sicherheit, da der Sicherheitsrat eine herausgehobene Stellung und quasi Immunität habe. Er-

folgversprechender seien Systeme kollektiver Verteidigung. Hier gebe es mehrere Konstellationen: Entweder ist die Bedrohung so groß, oder ein Mitglied so mächtig, dass alle Beteiligten zur Kooperation gezwungen sind.

Die Blockbildung um die Supermächte bis 1990 zeichnete sich durch Verregelung und Berechenbarkeit aus. Problematisch sei, dass sich dieses hoch verregelte System verändert hat, die Institutionen aber nicht. Ein abnehmendes gemeinsames internationales Interesse, eine Schwächung der internationalen

Organisationen und die europäische Annahme, die USA würden nicht mehr gebraucht, um das Gut „Sicherheit“ zu schützen, schafften eine kritische Situation für die internationale Stabilität. Noch dazu bestehe keine Einigung über die Frage, was die neuen Herausforderungen denn sind.

Flexibilisierung und Informalisierung

In Europa sind je nach geographischer Lage die Arktis, das Mittelmeer oder Russland die größten Herausforderungen. Ohne gemeinsame Bedrohungswahrnehmung jedoch gibt es auch kein gemeinsames Handeln mehr. Die Zukunft werden eine Flexibilisierung und Informalisierung von Sicherheitsstrukturen (auch innerhalb der NATO) prägen, sagte Masala. Das 21. Jahrhundert werde sich sicherheitspolitisch durch wechselnde Allianzen und weniger Verrechtlichung und Institutionalisierung auszeichnen. ■

Saskia Hieber

Linktipps:

<http://www.un.org/>
<http://www.un.org/depts/german/>

Manns Kampf gegen Hitler

Thomas Mann und die politische Kultur der Deutschen

Er hat ihn angewidert und fasziniert zugleich: Wie Adolf Hitler den Literaten Thomas Mann zur Auseinandersetzung gezwungen und damit auch sein Werk geprägt hat und warum dieses Werk spätestens ab 1933 eminent politisch war – in der Akademie sind namhafte Forscher diesen Fragen nachgegangen.

Nach wie vor, auch 55 Jahre nach dem Tod Thomas Manns, streiten sich die Forscher um ein Thema: War Thomas Mann ein politischer Schriftsteller? Nach einer Tagung in Tutzing, wo sich erneut namhafte Experten getroffen haben, beginnen sich die Fronten nun aufzuweichen: Insbesondere von 1933 bis 1945 sei Thomas Mann ein eminent politischer Schriftsteller gewesen, sagt Hans Wißkirchen, Präsident der Deutschen Thomas-Mann-Gesellschaft. Der Grund: Manns Zeitanalysen seien immer dort am stärksten „und auch heute noch interessant, wenn wir die Geschichte des 20. Jahrhunderts in den Blick nehmen, wo es um ihn persönlich geht, wo die Grundlagen seiner intellektuellen Identität tangiert wurden“.

Wagner als Kitt

Also eben zu der Zeit, als Mann mit Schrecken Parallelen zu Hitler feststellt. Oder, wie es Wißkirchen nennt, den „geheimen Kitt dieser Verbindung zwischen Thomas Mann und Hitler“. Dieser Kitt, das sei Richard Wagner: „Nicht nur hat Thomas Mann von Wagner gelernt, wie man Hitler sehen sollte, sondern Hitler hat seine Machtinszenierungen von Wagner hergeleitet.“ Da es sich nun bei beiden um Wagnerianer handelt, spreche Mann, genau wie Hitler, diese ästhetische Sprache.

Thomas Mann sieht, wie Hitler viele Mechanismen Wagners übernimmt – das wiederum befähigt den Schriftsteller dazu, den Wagnerianer Hitler auf eine Weise zu begreifen, wie dies ab 1933 nur wenigen zeitgenössischen Intellektuellen möglich ist: als einen

Mann, der die Möglichkeiten der Inszenierung im Sinne Wagners verstand. Als einen geschickten politischen Redner, der die unpolitischen Massen in der Hand hatte.



Hans Wißkirchen: „Thomas Mann war und blieb im romantischen Deutschland verwurzelt“

Die Liebe Hitlers zu Wagner – sie wird für Thomas Mann ab 1933 zu einem zentralen Lebensproblem, analysiert Wißkirchen und zitiert den Schriftsteller mit dem Worten: „Wenn zweien dasselbe gefällt und einer davon ist minderwertig – ist es dann auch der Gegenstand?“

Wanderredner der Demokratie

Mann löst diesen Konflikt Wißkirchen zufolge, indem er gegen Hitler im Wagnerschen Sinne kämpft, er wird zum „Wanderredner“ der Demokratie, „als Redner gegen Hitler, der diesen mit dessen ureigensten Waffen angriff“. Diesen Kampf macht Mann im Exil

auch zu seiner eigenen, neuen Identität: Immer wieder müsse er sich im Exil als Gegenfigur zu Hitler beweisen. Als Höhepunkt der medialen Auseinandersetzung mit dem Hitlerregime führt Wißkirchen Thomas Manns Reden an die deutschen Hörer an, die der Schriftsteller von Oktober 1940 bis Mai 1945 hielt und die von der BBC gesendet wurden.

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter wirft ein: „Thomas Mann war ein entschiedener Gegner der Barbarei. Aber eben auch ein entschiedener Verkenner der Aufbaubewegung in der neuen Bundesrepublik.“ Wißkirchen stimmt zu: „Die junge Bundesrepublik war nicht mehr sein Terrain“. Zeit seines Lebens sei Mann einer geblieben, der „im romantischen Deutschland verwurzelt war und blieb“.

Wißkirchen ist nur einer der Experten, die Oberreuter nach Tutzing geladen hat. Darüber hinaus zu Gast waren auch der in den USA lehrende, international führende Thomas-Mann- und gleichzeitig Wagner-Spezialist Hans Rudolf Vaget, der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, und der Germanist Georg Wenzel, der seit 1966 das Thomas-Mann-Archiv in Greifswald geleitet hat und über die Rezeption Thomas Manns in der DDR referierte.

Vaget hatte eindrucksvoll den immensen Lernprozess Thomas Manns analysiert: vom antiparlamentarischen und antidemokratischen Verfechter des Obrigkeitsstaats und einer „machtgeschützten Innerlichkeit“ deutscher Nationalkultur, die sich gegen substanzlose westliche Zivilisation richtete, zur scharfen Kritik an der NS-Barbarei, zur Unterstützung universeller, Humanität stiftender Werte.

Doch es ist schließlich ein Schweizer, der auf der Tagung eine Frage anspricht, die am Kern des Tätertraumas der Deutschen rührt: Wie viel Anteil hatte die deutsche Kultur an der deut-

schen Katastrophe? Philipp Gut, Redakteur der in Zürich erscheinenden „Weltwoche“, hat sich intensiv mit der deutschen Kultur in den Werken Thomas Manns befasst. Er hat das gesamte Werk auf diesen Begriff hin analysiert und damit die erste umfassende Studie zu diesem Thema vorgelegt.



Thomas Mann um 1939 im Exil in den USA
Foto: Wiki-Commons

In Tutzing nun versucht er den Erfolg des Nationalsozialismus mit Hilfe von Gegensatzpaaren herauszuarbeiten, wie sie sich auch ansatzweise in Thomas Manns Lebenslauf finden lassen: Von der notorischen Un-politik hin zur totalen Politik, vom politischen Vaku-

um hin zu einem Staat, in dem die Bürger zu bloßen Funktionsträgern der totalen Politik gemacht worden seien. Oder, um es mit den Begrifflichkeiten zu sagen, die Thomas Mann selbst geprägt hat: Der Ästhetizismus, die Schöngestei, sei schlussendlich zum Wegbereiter der Barbarei geworden.

Es ist diese Erkenntnis, die bei Mann zu einer radikalen Selbstkritik geführt habe. Die Einsicht, dass die Kultur, die er noch während des Ersten Weltkriegs als Gegenmodell zur Zivilisation leidenschaftlich verteidigt hat, ohne zivilisatorische Bindungen Gefahr läuft, in der Barbarei zu enden. Die pragmatische Konsequenz: Mann verbündet sich mit der westlichen Zivilisation gegen die Nazis.

Die Zeit im Exil, vermutet Gut, müsse Thomas Mann als zutiefst unnatürlich empfunden haben. Schließlich habe er sich als Deutscher definiert: „Mit der Welt allein kann ich nichts anfangen“, zitiert Gut den Exilanten. Die deutsche Kultur, sie sei immer Manns Bezugs-

größe gewesen. Im Deutschen habe er die europäische Prägung gesucht. Und da ist sie wieder, die Nähe und gleich-



Philipp Gut: radikale Selbstkritik bei Thomas Mann Fotos: Plank

zeitig der Kontrast zu Hitler, der von einem deutschen Europa träumte. Mann habe sich, so Gut, nach einem europäischen Deutschland gesehnt. Oder, wie es Oberreuter formuliert: „Heimat haben und Welt.“ Oberreuter zitiert damit einen Schriftsteller, der in seinen Werken die Erfahrung der zweiten deutschen Diktatur verarbeitet: Reiner Kunze. ■

Kathrin Haimerl

(Siehe Presseschau Seite 22)

24 Positionen – große Bandbreite

Seit mehr als 20 Jahren bereichern Künstlerinnen der GEDOK München die Räume der Akademie mit ihren aktuellen Arbeiten. Die neueste Auswahl wird dem interdisziplinären Selbstverständnis der Künstlerinnen gerecht: Die Exponate weisen eine große Bandbreite von Techniken und Themen auf. Das ausgestellte Spektrum umfasst sowohl klassische bildende Kunst in Form von Malerei, Lithografien, Collagen, Zeichnungen und Fotografien, als auch spartenübergreifende Konzept- und Gegenwartskunst. Neben 22 mehrheitlich aus der Region stammenden Künstlerinnen zog das GEDOK-Netzwerk erstmalig in diesem Jahr auch Arbeiten von Gastkünstlerinnen aus den USA und Bulgarien hinzu. Mit einer Vernissage



Die Künstlerinnen der GEDOK vor einer Auswahl ihrer Bilder

Foto:Grümann

wurde der neue Werkszyklus von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter eröffnet. Um auch in Zukunft dem umfangreichen Schaffen der Künstlerinnen den angemessenen Raum bieten zu

können, verwies Oberreuter auf den laufenden Bau des neuen Hörsaalgebäudes, der bis zum Juli 2011 fertig gestellt werden soll. ■

Verena Grundler

Besuchern steht die Ausstellung von Montag bis Freitag innerhalb der Öffnungszeiten der Akademie von 8-17 Uhr offen

Politische Jugendbildung im überregionalen Verbund

Die Tutzinger Akademie und die Nürnberger Jugendakademie für Politische Bildung

„Demokratie durch Tun“, dieses im anglo-amerikanischen Bereich verbreitete Prinzip, hatte sich die Jugendakademie für Politische Bildung in Gemeinschaftsarbeit mit der Tutzinger Akademie modellhaft zueigen gemacht. In der im Jahre 1960 aus der Taufe gehobenen Nürnberger Jugendakademie hatten sich aufgeschlossene junge Menschen unter der Leitung von Hermann Glaser (1964-1990 Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg) und dessen Mitarbeiter Harald Straube zusammengeschlossen, um in organisierter Form überparteiliche politische Bildungsarbeit zu leisten.

Der Wert und die Bedeutung der politischen Erziehung und Bildung junger Menschen für die Zukunft eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens bedarf heutzutage keiner besonderen Begründung mehr. Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre lag dieses außerordentlich wichtige Aufgabenfeld der politischen Bildungsarbeit jedoch noch weitgehend brach.

Kritische Beschäftigung

„Erst bilden, dann entscheiden“, so lautete denn auch das Credo der zunächst organisatorisch der Volkshochschule Nürnberg angeschlossenen neuen Jugendakademie. In Ergänzung zu den Jugendverbänden der politischen Parteien wandte sie sich an junge Menschen im Alter zwischen 16 und 21 Jahren, die „sich (noch) ungebunden, risikolos aber kritisch mit der Politik als Modellfach beschäftigen“ möchten. Die erst einmal auf möglichst neutraler Ebene und mit wissenschaftlichen Grundlagen einen Bildungsstand erreichen wollen, der ihnen dann eine durchdachte und wohlbegründete eigene (politische) Entscheidung ermöglicht.“ Nicht Interesslosigkeit, so die Einschätzung ihrer damaligen Initiatoren, sei der Grund für den oft bei Jugendlichen beklagten Mangel an politischer Bildung. Vielmehr würde weder in den Schulen ausreichend staatsbürgerlich ausgebildet noch bestünden im Rahmen von Freizeitakti-

vitäten hinlängliche politische Bildungsangebote. Schon gar nicht aber dürfe man politische Bildung allein den parteipolitischen Jugendorganisationen überlassen. Auch gelte es, die rund 75 Prozent der jenseits organisierter Verbände stehenden Jugendlichen nicht zu vergessen. Insofern sei die Nürnberger Jugendakademie für Politische Bildung „eine Notwendigkeit“, um auf der „Grundlage absoluter parteipolitischer Neutralität das für das menschliche Leben unbedingt erforderliche staatsbürgerliche Bewusstsein zu wecken“ und damit die politische Bildung junger Menschen zu fördern. Die Staatsbürger von morgen müssen „schon heute in den Staat hineinwachsen; nur wenn ein demokratisches „Grundgefühl“ in breiten Kreisen entwickelt werden kann, sind Garantien für die Aufrechterhaltung und weitere Verwirklichung einer menschenwürdigen Gesellschaftsform gegeben.“

Nürnberger Modell

Dies wurde vom damaligen Akademiedirektor Felix Messerschmid wohl ebenso gesehen, weshalb er der Nürnberger Einrichtung bei deren konzeptioneller Grundlegung und ihrer Etablierung in der Folgezeit tatkräftige Unterstützung zuteil werden ließ. Das „Nürnberger Modell“ sollte nicht zuletzt weiteren Jugendakademien für politische Bildung in den einzelnen bayerischen Bezirken und Städten als Blaupause dienen.

Das organisatorische Fundament der Jugendakademie bildeten Vertrauensleute in den Schulen. In Verbindung mit der Schülermitverwaltung informierten die Vertrauensleute ihre Mitschüler über die Arbeit der Jugendakademie. Ihnen oblag zugleich die Auswahl der Teilnehmer an deren unterschiedlichen Veranstaltungen. Die durchschnittliche Gesamtteilnehmerzahl wird für 1960/61 mit 120 bis 130, für 1961/62 bereits mit 250 angegeben.

Die Arbeit der Jugendakademie vollzog sich im Wesentlichen innerhalb von vier methodischen Einheiten: Hauptkurse, Arbeitskreise, Arbeitsgruppen und Wochenendtagungen. Jede Veranstaltungsreihe stand unter einem bestimmten Rahmenthema und wurde mit einer Wochenendtagung in der Tutzinger Akademie abgeschlossen.

Erlebte Geschichte

„Wir und die Demokratie“, so lautete das Rahmenthema, unter dem am 20. und 21. Januar 1961 in Tutzing die Abschlusstagung des 1. Trimesters stand. Akademiedirektor Messerschmid und Tagungsleiter Manfred Scheib referierten zum „Wandel der politischen Ideen und Grundstimmungen von 1910-1948 (Erlebte Geschichte)“. In einem weiteren Vortrag verglich Messerschmid die „Gesellschaftliche und politische Ordnung in Demokratie und Diktatur“. Manfred Scheib erläuterte die „Methoden der politischen Jugendführung in der SBZ“.

Weiteren zwei Tagungen im selben Jahr 1961 folgten bis 1969 noch insgesamt 17 Wochenendgespräche mit der Nürnberger-, zuletzt zusätzlich auch der Coburger -Jugendakademie. Mit dem im Juli 1969 hausintern gefassten Entschluss, Wochenenden nur noch „in unumgänglichen Fällen“ zu belegen, endete dieses erfolgreiche Tagungsformat. ■

Steffen H. Elsner

Die Wände stehen bereits

Zügiger Fortschritt beim Hörsaalneubau

Fünf Monate sind nun bereits ins Land gezogen seit dem ersten Spatenstich beim Neubau des Audimax im Akademiegarten. Nach dem Aushub der Baugrube und der Stabilisierung des Hangs und des Altbaus mit Betonsäulen und Bodenankern konnte mittlerweile die Bodenplatte gegossen werden. Inzwischen stehen auch bereits die Wände des neuen Hörsaals und der anderen Räume im Tiefgeschoss. Die Umrisse des Audimax sind deutlich erkennbar.



Fotos: Schröder

Bislang wurden rund 70 Tonnen Eisengeflecht im Boden und in den Wänden verbaut. Von den geplanten rund 1000 Tonnen Beton sind schon 75 Prozent in Boden und Wände gegossen. Noch vor der Sommerpause kann mit der Montage der Decke des Neubaus begonnen werden. Die Bauarbeiten liegen immer noch voll im Zeitplan des Architekten. ■ ms



Die KATHOLISCHE NACHRICHTENAGENTUR (KNA) aus München schrieb am 29. Juni 2010 über das Akademiegespräch im Bayerischen Landtag mit Wolfgang Huber:

Huber: Europa ist nicht als „säkular“ einzustufen

München (KNA) Nach Ansicht des ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden Wolfgang Huber gibt es keinen Grund, die europäischen Gesellschaften insgesamt als säkular zu bezeichnen. Die religiöse Pluralität in Europa schließe auf eine besonders markante Weise die säkulare Option ein, betonte Huber laut Manuskript am Dienstagabend in München. Auch wenn das Ausmaß der Entkirchlichung in Deutschland gerade seit der Wiedervereinigung erhebliche Sorgen mache, bestehe kein Grund, den Öffentlichkeitsauftrag der Kirche zurückzunehmen.

Der ehemalige Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz warnte die Kirchen davor, sich im Binnenbereich einzurichten. Auch wenn sie wegen der Missbrauchsskandale von einem bedrückenden Vertrauensverlust betroffen seien, wäre es doch nur ein erneutes Versagen vor ihrem Auftrag, wenn die Kirchen darauf verzichteten, das

Evangelium der Barmherzigkeit Gottes zu verkünden. Deshalb komme es darauf an, dass sie gerade jetzt ihre Stimmen in einer aufeinander abgestimmten Weise hören ließen.

Huber räumte ein, im Laufe der Jahre sei in Europa der Eindruck entstanden, fortschreitende Modernisierung gehe mit einer unaufhaltsamen gesellschaftlichen Säkularisation einher. Der demografische Wandel habe dies noch verstärkt. In einer älter werdenden Gesellschaft würden auch die Kirchen älter, außerdem lösten sich Milieus auf. Die Migration habe zudem eine neue Form von religiöser Pluralität erzeugt, in der der innerchristlichen nun eine besondere Bedeutung zukomme.

Der 2. Ökumenische Kirchentag im Mai in München habe deutlich gemacht, dass die Vielfalt der christlichen Kirchen einen Reichtum darstelle, betonte Huber. Er erinnerte daran, dass nach wie vor die deutliche Mehrheit der Deutschen und ebenso die über-

wältigende Mehrheit der Europäer einer christlichen Kirche angehörten. Inwieweit die säkulare Option weiter an Gewicht gewinnen werde, hänge jedoch davon ab, in welchem Geist die christlichen Kirchen auf die veränderte Situation reagierten.

Der frühere EKD-Ratsvorsitzende appellierte an die Kirchen, den in der jüngsten Zeit erlittenen Vertrauensverlust, selbstkritisch aufzuarbeiten. Zugleich sollten sie die missionarische Situation ernst nehmen. Mit dem Islam gelte es im Geist von „Klarheit und guter Nachbarschaft“ zu leben, aber darauf zu beharren, dass auch der Islam die Unterscheidung zwischen Religion und Politik respektiere.

Menschen suchten nach Orten verlässlicher Solidarität und verbindlicher Orientierung, unterstrich Huber. Dieser Aufgabe sollten sich die Kirchen beherzt stellen.

(Siehe Bericht Seite 4)

Zur Tagung *Vernunft, Staat und Gesellschaft im Judentum* im März mit Charlotte Knobloch (siehe Report 2/2010) schreibt die Zeitschrift TRIBÜNE, Heft 194, 2/2010, S. 30:

„Vernunft, Staat und Gesellschaft im Judentum“: Damit befasste sich eine Tagung der renommierten Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Zentralratspräsidentin Charlotte Knobloch stellte einmal mehr fest, dass das Leben der Juden in Deutschland „vor einem grundlegenden Wandel steht“. Die jüdischen Gemeinden in Deutschland hätten ein neues Selbstbewusstsein gewonnen und sähen es als ihre vornehmliche Aufgabe an, mit den nichtjüdischen Mitbürgern ins Gespräch zu kommen und weiterhin latent vorhandene antisemitische Ressentiments abzubauen. Orte des Dialogs wie das neue jüdische Zentrum in

München wollen „uns Deutsche“ über unsere gemeinsame deutsche Vergangenheit ins Gespräch kommen lassen, „in welchem es nicht mehr um Schuld und Schmach, aber um Verantwortung gehen muss, die sich aus der Vergangenheit ergibt und auf die Zukunft erstreckt“. Das große Geschenk, das uns die jüdischen Mitbürger bringen können, ist es, als Juden vorbehaltlos „kein Geheimnis mehr zu sein“, so Knobloch.

Religionswissenschaftler, Historiker und der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik debattierten vor allem über die Besonderheiten jüdischer Religion und richteten sich in ihren Vor-

trägen an ein wissenschaftlich vorgebildetes Publikum. Als wenig überzeugend wurden die Thesen des Wiener Historikers Michael Ingber eingeschätzt, der die Position vertrat, es gebe „keine systematische Lehre der Rabbinen zum Thema Krieg und Frieden“. Daraus konstruierte er einen Zusammenhang mit der aus seiner Sicht mangelnden Reflexion der gegenwärtigen Aktivität der israelischen Armee. Auf Kritik stieß, dass Ingber keine den Gaza-Einsatz rechtfertigenden Stimmen aus dem rabbinischen Lager anführte, um die Argumentation prüfen und seine Thesen so überhaupt erst begründen zu können.

Über den Passauer Tetralog berichtete das STRAUBINGER TAGBLATT am 14. Juni 2010:

„Frauen sind tragender Teil der Gesellschaft“

... Nicht erst seit dem gescheiterten Anlauf von Ursula von der Leyen für die Kandidatur zum Bundespräsidenten sind Frauen in der Politik ein Thema. Alle anderen Verfassungsorgane sind oder waren bereits schon einmal mit Frauen an der Spitze besetzt. Die Politik brauche mehr Frauen, erklärte der Politikexperte Oberreuter. Denn sie seien der tragende und gestaltende Teil der Gesellschaft.

Es sei heute noch immer keine Selbstverständlichkeit, die Familienerfahrung mit einem politischen Engagement zu verknüpfen. „Die Mehrzahl der Menschen in unserer Gesellschaft sind Frauen und die Minderheit in den Parlamenten und Parteien sind Frau-

Die Grünen-Politikerin Christine Scheel ist davon überzeugt, dass Frauen eine gänzlich andere Politik als Männer machen, und zwar weil Frauen oft von ihren Lebensaufgaben her sehr vielfältig sein müssen. Da ist schon einmal die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. „Da müssen viele Dinge nebeneinander organisiert werden und man hat doch dabei den Blick auf das Ganze und die Zukunft“, betont Scheel. Frauen seien nachdenklicher und in ihren Entscheidungen auch nachhaltiger, weil sie nicht nur diese tagespolitischen Themen im Kopf haben. Frauen, gerade Mütter, denken stärker darüber nach, was Entscheidungen in Zukunft für ihre Kinder bedeuten.

mals als Ministerin die einzige Frau in der Regierung. Ihre Stimme als Ministerpräsidentin sei sehr wichtig gewesen, um nicht nur männliche Positionen bei Entscheidungen zu berücksichtigen, sondern als Frau vor allem auch sozialpolitisch Akzente zu setzen. Gerade ihre westdeutschen Erfahrungen haben ihr stark geholfen, sich für ihr Land einzusetzen und den Wechsel von einer Planwirtschaft in eine sozial orientierte Marktwirtschaft zu vollziehen.

„Ich mach’ Euch nicht den Söder“

Kritisiert wurde von den Politikerinnen einstimmig der momentane Diskussionsstil, der in der Politik Schlagzeilen macht. „Ich mach’ Euch nicht den Söder“, sei der erste Gedanke von Natascha Kohnen gewesen, als ihr das Amt der Generalsekretärin der BayernSPD angeboten wurde. Sie sei überzeugt, dass die Menschen die Nase voll haben und sich abwenden von der Politik, „weil sie nicht mehr gestaltend, sondern getrieben ist.“ Es müsse eine Kehrtwende eintreten in den Umgangsformen. „Was wir brauchen ist ein ordentlicher Diskussionsstil, der sich an der Sache orientiert“ und nicht das, was derzeit ablaufe in Sachen „Wildsau und Gurkentruppe“...



Heinrich Oberreuter: „Gestalterische Kraft von Frauen ist in der Politik dringend gefordert“. Auf dem Podium des 13. Passauer Tetralogs (von links): Natascha Kohnen MdL (SPD), Kazimiera Prunskiene Ministerpräsidentin a.D., Moderator Heinrich Oberreuter, Christine Scheel MdB (Grüne) und Reserl Sem MdL (CSU)

Foto: T. Scholz

en. Da stimmt was nicht“, stellt Oberreuter kurz fest. Dort, wo es darauf ankomme, seien Frauen benachteiligt, wenn man sich die Gehaltszettel und die Führungspositionen anschau. Dabei sei die gestalterische Kraft von Frauen in der Politik dringend gefordert.

Frauen sind auch starke Politikerinnen, wie die ehemalige Premierministerin Kazimiera Prunskiene beweist. „Am Ende des sowjetischen Regimes mussten wir eine Entscheidung treffen, unseren selbstständigen Staat wieder aufzubauen“, erklärt sie. Sie war da-

(Siehe Bericht Seite 3)

Edo Reents in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG vom 30. April 2010:

Dieser Magier wusste doch mehr, als wir dachten

Erst wollten die Deutschen Thomas Mann zurückhaben, dann wieder nicht:
In Tutzing bringt man Licht in dieses ewige Missverhältnis

... Man lässt dort nicht locker. „Thomas Mann und die politische Kultur der Deutschen“ wurden dort nun ins Visier genommen, und auch wenn dabei manches allzu Bekanntes zur Sprache kam, so wurden doch bemerkenswerte Akzentsetzungen vorgenommen, die weiterhin für Gesprächsstoff sorgen könnten. Hans Rudolf Vaget (Northampton) verortete den Exilanten „auf der Überholspur der Geschichte“, den die Radikalität und Hellsicht seiner Deutschland-Kritik seinem Land unaufhebbar entfremdet habe, das womöglich schneller politisch gereift wäre, wenn der Vertriebe-

ne im Nachkriegsdeutschland größeren Einfluss gehabt hätte. Scharf kritisierte Vaget Thomas Manns Vereinnahmung durch Joachim Fest: Dieser habe absichtlich einen engen Politikbegriff gebraucht, schriftstellerische Ironie auf die Publizistik übertragen und von Golo Manns später widerrufenem Diktum von den „unwissenden Magiern“ unkritischen, unlauteren Gebrauch gemacht.

Das ist im Lichte dessen, was wir heute über Thomas Mann wissen und denken, zumindest bedenkenswert. Vaget hatte gute Gründe für seine Forderung, endlich damit aufzuhören, die eine

Textgattung (die erzählerische) gegen die andere (die Tagebücher) auszuspielen. Fraglich ist indes, ob es zutrifft, Fest habe sich Thomas Mann so zurechtgebogen und dabei manches ausgespart, um im Nachkriegsdeutschland Deutungshoheit zu haben und dabei den Konkurrenten Thomas Mann gewissermaßen auszuschalten. Die Unterstellung eines solchen Motivs passt nicht zu Vagets Diagnose, Thomas Mann habe auf das Nachkriegsdeutschland ansonsten kaum Einfluss gehabt – er kann dann für Fest auch keine Konkurrenz gewesen sein. ...

(Siehe Bericht Seite 16)

Die AUGSBURGER ALLGEMEINE schrieb am 27. Juni 2010 über den Betriebsausflug der Akademie nach Dillingen:

Partnerschaft zwischen Dillingen und Tutzing wurde bekräftigt

Einer breiten Öffentlichkeit ist Professor Heinrich Oberreuter als politischer Kommentator in Funk und Fernsehen bekannt. Dieser Tage besuchte er mit zahlreichen Mitarbeitern in anderer Funktion die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen.

Denn Professor Oberreuter ist auch Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing am Starnberger See. Diese verbindet mit der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung seit vielen Jahren eine enge Partnerschaft, deren Koordination in den Händen von Studiendirektor Siegfried Münchenbach liegt. So werden laut Pressemitteilung



Im historischen Innenhof der Dillinger Akademie lassen sich die Mitarbeiter aus Tutzing die Geschichte der ehemaligen Jesuiten-Universität erläutern

etwa 26 Lehrgänge im Jahr gemeinsam veranstaltet und damit etwa 800 Lehrkräfte erreicht. Die Lehrgänge dienen der politischen Bildung und fördern

Lehrkräfte mit den Unterrichtsfächern Sozialkunde, Geschichte, Geografie, Deutsch, Ethik, Wirtschaft und Recht sowie interkulturelle Erziehung.

Prof. Heinrich Oberreuter und Dr. Paul Olbrich, der Leiter der Dillinger Akademie, bekräftigten den Erhalt und den Ausbau der Partnerschaft auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten. Die politische Bildung sei ein unverzichtbarer Stabilisator der Gesellschaft und der politischen Ordnung, sie sei ein wesentlicher Bestandteil der Fortbildung von Lehrkräften in Bayern, betonten die beiden Akademieleiter.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

S e p t e m b e r

36-1 6. – 9. September

Die neue Weltwirtschaftskrise: Ursachen, Verlauf und Folgen

Ferienseminar 3

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

36-2 9. – 12. September

Sommerakademie – Nachwuchstagung ASIEN

“Drachen, Tiger, lahme Enten“

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber / Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

37-4 15. – 16. September

Behinderung – Neue Wege zur Integration in der frühen Kindheit

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

37-2 17. – 18. September

Journalistenausbildung zwischen Medienwandel und Bologna-Prozess

In Zusammenarbeit mit dem Münchner Arbeitskreis Öffentlicher Rundfunk (MAR)

Leitung: Michael Schröder / Walter Hömberg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

38-1* 20. – 24. September

Triebkräfte und Wirkungen der Globalisierung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Eva-Maria Post

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

38-2* 20. – 24. September

Fakultas Sozialkunde: Soziologie

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien 3. Sequenz / 4. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Stefan Köppl / Evelin Mederle

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

39-1 27. September – 1. Oktober

Meinung im Journalismus

Kommentar – Leitartikel – Glosse – Rezension

Workshop mit Peter Linden

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

O k t o b e r

39-2 30. September – 2. Oktober

Politische Kultur in Deutschland

20 Jahre nach der staatlichen Vereinigung

In Kooperation mit dem Arbeitskreis „Politik und Kultur“ der DVPW

Leitung: Stefan Köppl / Wolfgang Bergem

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

40-1* 4. – 8. Oktober

Politische Institutionen und Kultur in Südosteuropa

49. Internationale Hochschulwoche in Zusammenarbeit mit der

Südosteuropa-Gesellschaft München

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

40-2 8. – 10. Oktober

Die Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit

In Kooperation mit der Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit

der Universität Heidelberg, der Bundeszentrale für Politische Bildung,

dem Verband des landwirtschaftlich-technischen Dienstes Bayern

Leitung: Saskia Hieber / Hartmut Sangmeister / Hans-Georg Lambert / Martin Schüßler

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

41-1* 11. – 15. Oktober

Fakultas Sozialkunde: Politische Systeme

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien 4. Sequenz / 1. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

41-2 15. – 16. Oktober

Arbeitsmarkt und Sozialreformen im Umbruch

In Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

in Nürnberg (IAB) und dem Osteuropa-Institut Regensburg (OEI)

Leitung: Wolfgang Quaisser / Regina Konle-Seidl / Ulrich Walwei

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

41-3 17. – 19. Oktober

Tutzing Radiotage:

Radio neu denken – Willkommen in der Zukunft!

In Zusammenarbeit mit dem Projektteam Hörfunk

der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Bonn

Leitung: Michael Schröder / Berthold L. Flöper

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

42-3* 19. – 22. Oktober

Schülerforum Politik: USA

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

42-2 22. – 24. Oktober

Strahlkraft Europas – Europäische Politik zwischen nationalstaatlichem Interesse und globalen Herausforderungen

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

43-1* 25. – 29. Oktober

Historische Komponenten europäischer Kultur und Gesellschaft

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

43-2* 25. – 29. Oktober

Die Ganztagsklasse und ihre Möglichkeiten zur politischen Bildung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Eva-Maria Post

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

N o v e m b e r

44-1 5. – 7. November

Pflegefall Sozialstaat – Freiheit, Würde und die neue soziale Frage

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

45-1* 8. – 12. November

Jugend und Recht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / Günter Grunick

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

45-2* 8. – 12. November

Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik

Deutschland und ihre Rolle in der internationalen Politik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

45-5 9. November

Akademiegespräch im Landtag

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landtag

Leitung: Heinrich Oberreuter / Barbara Stamm

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

45-4 12. – 13. November

Kommunalpolitisches Forum: Bildung in der Stadt

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Städtetag

Leitung: Josef Deimer / Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

46-1* 15. – 17. November

Gewalt gegen Kinder – Wer schützt vor Prügel, Missbrauch und Erniedrigung?

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Gero Kellermann / Matthias Godulla

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

46-2 15. – 16. November

Das Ehrenamt in der Sozialen Arbeit – anerkannt oder ausgenutzt?

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Berufsverband Soziale Arbeit (DBSH) Bayern

Leitung: Michael Spieker / Ulrike Faust

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

46-4 17. – 19. November

Andere Länder, andere Tücken!

Praktische Probleme der Auslandsberichterstattung

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Journalisten-Verband (BJV)

Leitung: Michael Schröder / Hilde Stadler / Till Rüger

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

46-3 19. – 21. November

Das Elend der Politischen Bildung – Gefährdungen der Demokratie

In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern

der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)

Leitung: Michael Schröder / Armin Scherb

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

47-1* 22. – 26. November

Der Nahe Osten: Historische Wurzeln eines weltpolitischen Konflikts

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

47-2* 22. – 25. November

Schülerforum Politik: Der israelisch-palästinensische Konflikt

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Michael Spieker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

48-1* 29. November – 3. Dezember

Ethik und Politik: Freiheit und Determination

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

48-3* 29. November – 3. Dezember
Kanada – Politische Landeskunde
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Saskia Hieber / Gerhard Finster
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

D e z e m b e r

48-2 3. – 4. Dezember
Herausforderung Rechtsextremismus
Strukturen – Strategien – Gegenmaßnahmen
In Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung
Leitung: Manfred Schwarzmeier / Gerd Rudel
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

48-4* 5. – 11. Dezember
Deutsch-russische Fachtagung
Leitung: Heinrich Oberreuter
Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08185/256-47

49-2 10. – 12. Dezember
Zukunft der Zeitung – Zeitung der Zukunft
In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing
Leitung: Michael Schröder / Axel Schwanebeck
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

50-1* 13. – 17. Dezember
Stand und Herausforderung der europäischen Integration
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Wolfgang Quaisser / Evelin Mederle
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Anmeldung über die Akademie Dillingen

50-2 13. – 15. Dezember
Recht brisant
Rechtsfragen der journalistischen Praxis
Leitung: Michael Schröder
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

50-3 15. – 17. Dezember
Im Namen des Lesers
Journalistische Praxis der Gerichtsberichterstattung
Leitung: Michael Schröder
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter moderierte beim 3. Deutsch-Türkischen Sicherheitsdialog der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ankara das Podium zum Iranischen Nuklearprogramm und seinen sicherheitspolitischen Auswirkungen. Am Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Breslau hielt er einen Vortrag zum Thema „Das Parteiensystem in Bewegung – Zur Erosion der Volksparteien“. In Berlin nahm er federführend an den Feierlichkeiten zum vierzigjährigen Bestehen der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen teil, wo er u.a. das Panel Öffentlichkeit, Vertrauen, Legitimität leitete. In Eichstätt sprach er anlässlich des Symposiums zum 80. Geburtstag von Prof. Bernhard Sutor über Politische Bildung im demokratischen Staat und in Haßfurt über aktuelle Herausforderungen von Demokratien.

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber berichtete auf der Jahrestagung der International Intelligence History Association über die Autobiographie des „Spions der keiner war“, John Peet: „The Long Engagement“. Im Sommersemester unterrichtete sie an der Universität München „Politische Systeme und wirtschaftliche Entwicklungen in Asien“.

Dr. Ondrej Kalina sprach im Rahmen einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung zu „Mythen und Wirklichkeiten im Kontext der Geschichte und Geschichtspolitik in Osteuropa“. In Dresden nahm er am interdisziplinären Förder-Kongress „Junge Wissenschaft und Praxis“ der Hanns-Martin-Schleyer- und der Robert-Bosch-Stiftung teil. Im Sommersemester 2010 hielt er einen Lehrauftrag zum „Politischen System der Europäischen Union“ an der Universität Passau.

Stefan Köppl referierte in Wildbad Kreuth über die Entwicklung Italiens seit der Nachkriegszeit und die Stellung Italiens in Europa.

Dr. Michael Spieker sprach in Obermarchtal über „Grundlagen und Bedrohungen des Sozialstaats“ und in Achatswies über die „Philosophie der Gerechtigkeit“.

Dr. Michael Schröder referierte in den Goethe-Instituten Verona und München über „Politik und Mediokratie“ sowie über die aktuelle innenpolitische Situation in Deutschland. Am 1. Juli konnte er sein 25-jähriges Jubiläum im Öffentlichen Dienst begehen.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

.....

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße..... PLZ..... Ort.....

Tel..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing